

Deutschland-Lehrte: Dienstleistungen von Architekturbüros
OJ S 70/2021 12/04/2021
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Stadt Lehrte
Postanschrift: Rathausplatz 1
Ort: Lehrte
NUTS-Code: DE929 Region Hannover
Postleitzahl: 31275
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Fachdienst Gebäudewirtschaft
E-Mail: info@lehrte.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.lehrte.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YZHDWU3/documents>
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YZHDWU3>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:
Offizielle Bezeichnung: carsten meier architekten stadtplaner bda
Postanschrift: Campestr. 29
Ort: Braunschweig
NUTS-Code: DE911 Braunschweig, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 38102
Land: Deutschland
E-Mail: wbw@carstenmeier.com
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.carstenmeier.com

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Die Stadt Lehrte beabsichtigt die Realisierung des Neubaus einer Kindertagesstätte mit Familienzentrum im Süden der Kernstadt.

Die Nutzungsfläche des Neubaus beträgt ca. 1150 qm, die Baukosten KG 300 und 400 DIN 276 wurden in 2020 mit 3.2 Mio. EUR brutto geschätzt.

Im Verfahren sind zunächst maximal 6 Büros im Teilnahmewettbewerb zu finden, die sich in einem ersten Verhandlungsgespräch präsentieren. Aus diesen Gesprächen werden 3 Büros ausgewählt, die eine angemessen honorierte Lösungsskizze erarbeiten und in einem zweiten Verhandlungsgespräch vorstellen, aus dem dann der beste Bietende hervorgehen soll.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE929 Region Hannover

Hauptort der Ausführung: Südring 31275 Lehrte

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Gegenstand des Verfahrens sind Planungsleistungen der Objektplanung gem. § 34 HOAI, LPH 2-8.

Die Planung umfasst den Neubau einer Kindertagesstätte (2 Krippengruppen, 3 Kindergartengruppen) mit Familienzentrum von insgesamt ca. 1150 qm Nutzungsfläche am Südring in Lehrte.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Architektur: Konzeption / Effizienz / Gestaltung / Gewichtung: 60 % in Phase 1, siehe VI.3

Qualitätskriterium - Name: Wirtschaftlichkeit: Baukosten / Lebenszykluskosten / Gewichtung: 20 % in Phase 1, siehe VI.3

Qualitätskriterium - Name: Personal: Projektleitung, Bauleitung, Projektteam / Gewichtung: 20 % in Phase 1, siehe VI.3

Kostenkriterium - Name: Honorarangebot / Gewichtung: 0 % in Phase 1, siehe VI.3

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 36

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Bei baubedingten Verzögerungen kann der Auftrag verlängert werden.

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Anzahl der Bewerber: 6
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Hinweise zur Bewertung der Auswahlkriterien.

Die Auswahl der Bewerber*innen erfolgt auf Grundlage der zum Nachweis der Eignung geforderten Angaben, Erklärungen und Unterlagen mit einem Schwerpunkt bei den Referenzprojekten. Die maximal erreichbare Punktzahl beträgt 500 Punkte. Soweit die Mindestanforderungen erfüllt sind, ist die Rangfolge der erreichten Punkte für die Auswahl maßgebend. Die Auftraggeberin behält sich das Recht vor, für den Fall gleichwertiger Bewerbungen per Los zu entscheiden. Für den Teilnahmewettbewerb bezieht sich die Auftraggeberin auf Eigenerklärungen. Sollte sich im Verlauf des Verfahrens herausstellen, dass die Erklärungen nicht der Wahrheit entsprechen, wird die/der Bewerbende aus dem Verfahren - unabhängig vom Verfahrensstand - ausgeschlossen. Die Auftraggeberin behält sich das Recht vor, in Zweifelsfällen Nachweise zu verlangen oder nähere Informationen einzuholen.

Bewertungsmatrix

1. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit § 45 VGV/

1.1 Nettoumsatz für Dienstleistungen im Leistungsbild Objektplanung §33 HOAI, in EUR im Mittel der letzten 3 Geschäftsjahre (2018, 2019, 2020) // Wichtigung 15 %

Mindestanforderung: 150 000 Eur p.a. im Mittel.

2. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit § 46 VGV

2.1 Personelle (Referenzprojektunabhängige) Kriterien?

2.1.1 Zum Zeitpunkt der Bewerbung festgestellte Mitarbeiter*innen (einschließlich Inhaber*innen) mit Hochschulabschluss (Dipl.-Ing, MSc, BSc o vglb.) der Fachrichtung Architektur im Leistungsbild Gebäude im Sinne § 34 HOAI, die 3 Jahre oder länger im Büro beschäftigt sind: // Wichtigung 20 %.

Referenzprojektabhängige Kriterien

2.2 Referenzprojekte (4 Projekte)

Mindestanforderung: ein Referenzprojekt der Gebäudeplanung mit einer Projektkostensumme KG 300+400 >= 1 Mio. EUR brutto innerhalb der letzten 10 Jahre bearbeitet.

Die Referenzprojekte beziehen sich auf die Fachkunde in Bezug auf vergleichbare Projekte seit März 2011.

Für das Projekt 1 müssen alle Leistungsphasen von der Vorplanung bis zur Bauüberwachung beauftragt sein und spätestens im ersten Halbjahr 2021 abgeschlossen werden.

Projekt 1

2.2.1.p1 LPH 2-8 § 34 HOAI im Projekt bearbeitet // Wichtigung 9 %

2.2.3.p1 Projekt vergleichbarer Größenordnung in Bezug auf den Schwierigkeitsgrad // Honorazone HOAI § 35 // Wichtigung 2 %

2.2.4.p1 Projekt vergleichbarer Nutzung (Kita/Familienzentrum // Bildungsbau // Sonstiges) // Wichtigung 2 %

2.2.5.p1 öffentliche Auftragsvergaben im Projekt // Wichtigung 2 %

2.2.6.p1 Projekt vergleichbarer Größenordnung in Bezug auf die Projektkosten (KG 300-400 DIN 276 brutto) // Wichtigung 10 %

Projekt 2

2.2.1.p2 LPH 2-3 § 34 HOAI im Projekt bearbeitet // Wichtigung 3 %

2.2.2.p2 LPH 4-5 § 34 HOAI im Projekt bearbeitet // Wichtigung 3 %

2.2.3.p2 LPH 6-8 § 34 HOAI im Projekt bearbeitet // Wichtigung 3 %

2.2.4.p2 Projekt vergleichbarer Größenordnung in Bezug auf den Schwierigkeitsgrad // Honorazone HOAI § 35 // Wichtung 2 %
2.2.5.p2 Projekt vergleichbarer Nutzung (Kita/Familienzentrum // Bildungsbau // Sonstiges) // Wichtung 2 %
2.2.6.p2 öffentliche Auftragsvergaben im Projekt // Wichtung 2 %
Projekt 3
2.2.1.p3 LPH 2-3 § 34 HOAI im Projekt bearbeitet // Wichtung 3 %
2.2.2.p3 LPH 4-5 § 34 HOAI im Projekt bearbeitet // Wichtung 3 %
2.2.3.p3 LPH 6-8 § 34 HOAI im Projekt bearbeitet // Wichtung 3 %
2.2.4.p3 Projekt vergleichbarer Größenordnung in Bezug auf den Schwierigkeitsgrad // Honorazone HOAI § 35 // Wichtung 2 %
2.2.5.p3 Projekt vergleichbarer Nutzung (Kita/Familienzentrum // Bildungsbau // Sonstiges) // Wichtung 2 %
2.2.6.p3 öffentliche Auftragsvergaben im Projekt // Wichtung 2 %
Projekt 4
Ein hochbaulicher Entwurf der Architekt*innen des Büros/der Bewerbendengemeinschaft im Preisrang eines Wettbewerbs nach RPW, als Lösungsvorschlag in einem Vergabeverfahren als beste*r Bietende bewertet oder mit sonstigen Auszeichnungen prämiert. // Wichtung 10 %.
Weiteres zur Bepunktung der Kriterien ist der Anlage „vgv_kle_bewertungsmatrix.pdf“ in den Teilnahmeunterlagen zu entnehmen.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen
Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Zunächst erfolgt eine Beauftragung der LPH 2 bis 4. Die Leistungsphasen 5 bis 8 werden stufenweise beauftragt. Die/der Auftragnehmer*in ist im Falle des Abrufs der Leistungsphase 5 bis 8 durch die Auftraggeberin verpflichtet, die Leistungen, ggfs. auch stufenweise, zu erbringen. Ein Rechtsanspruch auf Übertragung der Leistungsphasen 5 bis 8 besteht nicht.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Bewerber*innen mit Sitz in Deutschland: Vorlage eines Handelsregistrauszugs (nicht älter als August 2020) falls die Rechtsform der Bewerbenden dies vorsieht; Bewerber*innen mit Sitz im Ausland müssen mit dem Teilnahmeantrag die Erlaubnis der Berufsausübung im Staat ihrer Niederlassung nachweisen, soweit hierfür eine im Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates aufgeführte Registereintragung einschlägig ist; bei Bewerbendengemeinschaften gilt dies für jedes Mitglied.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Siehe unter II.2.9)

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Der/die Bewerbende / die Bewerbendengemeinschaft muss in den letzten 3 Geschäftsjahren pro Jahr mindestens 150.000,- EUR Nettoumsatz mit Planungsleistungen im Leistungsbild Objektplanung im Sinne der HOAI vorweisen können.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Siehe unter II.2.9)

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Mindestens ein Referenzprojekt der Gebäudeplanung mit einer Projektkostensumme KG 300+400 >= 1 Mio. EUR brutto innerhalb der letzten 10 Jahre bearbeitet.

Für das Projekt 1 müssen alle Leistungsphasen von der Vorplanung bis zur Bauüberwachung beauftragt sein und spätestens im ersten Halbjahr 2021 abgeschlossen werden.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

1. Natürliche Personen werden zugelassen, wenn sie nach den Gesetzen der Länder berechtigt sind, die Berufsbezeichnung Architekt*in zu tragen oder wenn sie berechtigt sind, in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt*in tätig zu werden.
2. Juristische Personen werden zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen gemäß dem vorstehenden Absatz benennen.
3. Bietendengemeinschaften aus natürlichen Personen und/oder Juristischen Personen. Bei Bietendengemeinschaften muss mindestens ein Mitglied die Anforderungen erfüllen, die an natürliche oder juristische Personen gestellt werden.

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Der/die Auftragnehmer*in hat im Auftragsfall eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mind. 3.000 000 EUR je Schadensfall für Personenschäden sowie 3 000 000 EUR für sonstige Schäden nachzuweisen und für die gesamte Dauer des Vertrages aufrechtzuerhalten. Eine Erklärung, dass diese besteht bzw. im Auftragsfall abgeschlossen wird, ist erforderlich. Die Maximierung der Ersatzleistung muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme betragen. Bei Bietendengemeinschaften muss der Versicherungsschutz für alle Mitglieder in voller Höhe bestehen.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4.

Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 12/05/2021 Ortszeit: 12:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 14/06/2021

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Laufzeit in Monaten: 4 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Bewerbungsverfahren

Die geforderten Erklärungen und Angaben werden u. a. im Rahmen der zu verwendenden Formblätter (Bewerbungsformular und, sofern zutreffend, Bewerbendengemeinschaftserklärung sowie Verpflichtungserklärung des Nachunternehmens) präzisiert und abgefordert und sind nicht separat zu erklären/abzugeben. Bei den Formblättern handelt es sich um PDF-Dateien, die im Internet unter <http://www.dtv.de> (siehe auch unter I. 3) heruntergeladen werden können.

Die von der Vergabestelle übermittelten Informationen werden entweder direkt in der bzw. über die Oberfläche der E-Vergabepattform bzw. dem virtuellen Projektraum zum Vergabeverfahren (z. B. Bekanntmachungen, Kommunikationsnachrichten) oder innerhalb der Plattform bzw. virtuellen Projekträume als Datei-Downloads bereitgestellt (Vergabeunterlagen oder Anhänge zu Kommunikationsnachrichten).

Zur Nutzung der E-Vergabepattform bis zur Abgabe elektronischer Teilnahmeanträge und Angebote sind lediglich ein aktueller Internet-Browser sowie ein Internetzugang erforderlich. Für die Abgabe elektronischer Angebote, Teilnahmeanträge, Interessenbekundungen und Interessenbestätigungen wird innerhalb der E-Vergabepattform ein kostenfreies Bietertool bereitgestellt. Das Bietertool ist eine Desktop-Anwendung, welche auf Ihrem Computer installiert werden muss. „Bewerbungsverfahren“:

Die Auswahl der Bewerbenden erfolgt auf Grundlage der zum Nachweis der Eignung geforderten Angaben, Erklärungen und Unterlagen mit einem Schwerpunkt bei den Referenzprojekten (siehe II.2.9). Die maximal erreichbare Punktzahl beträgt 500 Punkte. Soweit die Mindestanforderungen erfüllt sind, ist die Rangfolge der erreichten Punkte für die

Auswahl maßgebend. Falls die Zahl der Bewerbenden, die die Bedingungen erfüllen und eine entsprechende Punktzahl erreichen, die aufzufordernde Höchstzahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerbenden überschreitet und die aufzufordernden Bewerbenden wegen Punktgleichstand nicht zweifelsfrei bestimmt werden können, werden die letztangigen Bewerbenden, die angenommen werden sollen, durch Losverfahren unter den Bewerbenden mit gleichem Punktestand ausgewählt, die zum Überschreiten der Höchstzahl der aufzufordernden Bewerbenden führen.

Die Formblätter sind unter Beachtung der Maßgaben dieser Bekanntmachung zwingend zu verwenden und vollständig auszufüllen und an den entsprechenden Stellen von einer Büroinhaber*in, einer Geschäftsführer*in und/oder einer bevollmächtigten Vertreter*in zu unterschreiben. Im Falle einer Bewerbendengemeinschaft sind die Angaben des Bewerbungsbogens für das sich bewerbende Team als Ganzes vorzunehmen. Je Bewerbung ist nur ein Bewerbungsbogen zugelassen. Die/der bevollmächtigte Vertreter*in der Bewerbendengemeinschaft füllt das Bewerbungsformular aus und unterschreibt das Bewerbungsformular. Die Anzahl der Vorlage von Referenzen ist zwar unbegrenzt, Bewerbende werden jedoch gebeten, nicht mehr als 4 Referenzen vorzulegen. Im Falle mehrerer Referenzen werden nur die ersten 4 gewertet.

Zur Abgabe der Bewerbung entsprechend Punkt IV.3.4) der Bekanntmachung ist ausschließlich das Portal www.dtv.de zu verwenden. Eine Bewerbung mittels postalischer Papierform, E-Mail oder Fax ist nicht zulässig. Die Bewerbungsunterlagen verbleiben bei der Auftraggeberin. Ein Anspruch auf Kostenerstattung besteht nicht. Weitere Auskünfte sind nur über das Vergabeportal www.dtv.de erhältlich. Die Fragen sind so zu formulieren, dass eine klare Antwort möglich ist. Die anonymisierten Anfragen werden mit den Antworten über das Portal www.dtv.de kontinuierlich veröffentlicht, so dass alle potentiellen Bewerber*innen und Bewerbendengemeinschaften über den gleichen Informationsstand verfügen können. Die Bewerber*innen haben sich durch regelmäßige Kontrolle der Internetseite selbst über Antworten auf Bewerberfragen oder Änderungen der Bewerbungsunterlagen zu informieren. Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbenden Unklarheiten, so hat er unverzüglich und vor Abgabe des Teilnahmeantrags darauf hinzuweisen. Es werden nur Anfragen zugelassen und beantwortet, die so rechtzeitig eingehen, dass die Auftraggeberin 7 Tage vor Ablauf der Bewerbungsfrist die zusätzlichen Auskünfte erteilen kann.

Zuschlagskriterien

Die unter II.2.5° genannten Zuschlagskriterien gelten für die mit maximal 6 Büros durchzuführende erste Phase der Verhandlungsgespräche. Für die zweite Phase der Gespräche mit den 3 honorierten Lösungsansätzen wird der Aspekt architektonischer Entwurf mit 80 % und das dann abzugebende Honorarangebot mit 20 % gewichtet. Der architektonische Entwurf wird von einem Auswahlgremium beurteilt, dem in Anlehnung an § 6 (1) der RPW Mitglieder mit Fach- und Sachqualifikation angehören.

Bekanntmachungs-ID: CXP4YZHDWU3

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer beim Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr – Regierungsvertretung Lüneburg

Postanschrift: Auf der Hude 2

Ort: Lüneburg

Postleitzahl: 21339

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@mw.niedersachsen.de

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 160 Abs. 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

Der Antrag ist unzulässig, soweit die/der Antragstellende den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber der Auftraggeberin nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt (§ 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB).

Der Nachprüfungsantrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB ebenfalls unzulässig, soweit Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der Auftraggeberin gerügt werden.

Der Vergabenachprüfungsantrag ist ferner nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB unzulässig, soweit Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der Auftraggeberin gerügt werden. Der Nachprüfungsantrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB schließlich dann unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der Auftraggeberin, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Für die weiteren Voraussetzungen der Zulässigkeit wird auf §§ 160 und 161 GWB verwiesen.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Stadt Lehrte

Postanschrift: Rathausplatz 1

Ort: Lehrte

Postleitzahl: 31275

Land: Deutschland

E-Mail: werner.stakemann@lehrte.de

Internet-Adresse: www.lehrte.de

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

07/04/2021